Detlef Wetzel
Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Pressekonferenz „Gute Arbeit – gut in Rente“
Ergebnisse einer Betriebsrätebefragung der IG Metall

Berlin, 16.08.2012

<u>Sperrfrist Redebeginn</u>
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, setzt die IG Metall in ihrer betrieblichen und gesellschaftspolitischen Arbeit auch auf die thematische Fokussierung durch zentrale Kampagnen.

Unsere Kampagnen sind mehr als schöne Plakate mit Forderungen an die Politik.

Das gehört auch dazu. Aber mindestens genauso wichtig ist für uns, dass wir über unsere Tarif- und Betriebspolitik konkrete Ergebnisse und Verbesserungen für die Menschen bei den gewählten Schwerpunktthemen erreichen.

Sie kennen die betrieblich erreichten Besservereinbarungen in der Leiharbeit und unsere Tarifverträge zur Leiharbeit.

Diese Erfolge veranlassen uns, weitere Themen in ähnlicher Weise wie bei der Leiharbeit in Kampagnen aufzugreifen.

Für uns sind drei Themen von besonderer Bedeutung:

Erstens brauchen die jungen Menschen einen guten Einstieg ins Berufsleben – sie brauchen berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Darum gilt für die gesamte IG Metall:

Zukunft und Perspektiven für die junge Generation stehen ganz oben auf der Tagesordnung.

Zweitens brauchen wir eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.
Unser Ziel heißt: Arbeit: Sicher und Fair!

Nach der Leiharbeit nehmen wir uns jetzt die Werkverträge vor.

Zu diesen beiden Schwerpunkten werden wir Sie zu gegebener Zeit informieren.

Drittens geht es darum, dass diejenigen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, gut in Rente kommen und dann auch ein gutes Leben führen können!

Wir wollen den flexiblen Ausstieg und nicht die Rente mit 67!

Es geht um die Frage: Wie kommen wir gesund in Rente und können dann sorgenfrei leben?

Seit Beginn dieses Jahres wird die Regelaltersgrenze jährlich angehoben.

Ab 2029 gilt die Rente mit 67.
Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden unter den heutigen Arbeitsbedingungen aber nicht bis 67 arbeiten können.

Dann droht ihnen ein Altersarmutsprogramm.

Das hat unsere Befragung der Betriebsräte mit Nachdruck bestätigt.

Darum werden wir alles dafür tun, dass die Rente mit 67 wieder abgeschafft wird.

Da das unter den gegebenen politischen Verhältnissen nicht wahrscheinlich ist, sind wir aber auch gefordert, andere Wege zu gehen.

Politik und Arbeitgeber wollen die Rente mit 67.
Jetzt müssen sie mindestens dafür sorgen, dass die Leute bis dahin auch arbeiten können.

Wir werden dieses Thema deshalb auch verstärkt im Betrieb angehen.
Arbeitsplätze müssen altersgerecht gestaltet werden.
Es gibt einzelne Betriebe, in denen das vorbildlich geschieht.

Aber unsere Befragung belegt, dass in den allermeisten Betrieben die Arbeitgeber in dieser Frage untätig sind.

Es muss die Frage beantwortet werden:
Was machen die Menschen, die bis 67 arbeiten wollen, aber nicht können?

Wie können sie aus dem Berufsleben ausscheiden, ohne arm zu werden?

Wir brauchen flexible und faire Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Erwerbsleben.

Wir fordern von den Arbeitgebern, aktiv zu werden und diese Herausforderung betrieblicher Gestaltung endlich anzunehmen.

Und wir fordern vom Gesetzgeber, sich der sozialpolitischen Verantwortung zu stellen.

Das wird ein wichtiges Thema spätestens im Bundestagswahlkampf werden.

Wir haben diese Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente" mit einer Online-Befragung der Betriebsratsvorsitzenden in unserem Organisationsbereich gestartet. Wir haben sie nach Anforderungen und Einstellungen zur alters- und alternsgerechten Arbeit befragt.

Die Ergebnisse und die Schlussfolgerungen daraus wird Hans-Jürgen Urban Ihnen gleich vorstellen.

Vom 5. bis zum 9. November 2012 werden wir zu diesem Thema in den Betrieben und Verwaltungsstellen Aktions- und Informationstage durchführen.

Die IG Metall gibt sich nicht damit zufrieden, was Politik und Arbeitgeber für älter werdende Belegschaften tun.

Wir nehmen Arbeitgeber und Politik in die Pflicht.
Sie tragen Verantwortung für die Arbeitsbedingungen und für die Beschäftigten.

Ich will Ihnen mit das mit einem Beispiel aus der Befragung verdeutlichen:

Nach Einschätzung der Befragten gehen immerhin 46 Prozent der Beschäftigten davon aus, mit der zukünftigen Rente „gerade so über die Runden zu kommen.“ Für die Beschäftigten ab Jahrgang 1964 und jünger - also diejenigen, die die Rente ab 67 voll erfasst - liegt diese Zahl bei nur 15 Prozent.

Wenn die jüngere Generation also so wenig Vertrauen in die eigene Alterssicherung hat, kommt dies einer Bankrotterklärung gleich.

Im Übrigen wird die jetzt vorgeschlagene Zuschussrente das Problem fehlender Alterssicherung nicht lösen – dieser Vorschlag erfasst nicht den Kern des Problems.

Flexible Ausstiegsoptionen sind notwendig. Genauso wie altersgerechte Arbeitsbedingungen und ein demografischer Interessenausgleich.

In den nächsten Wochen werden wir mit unseren betrieblichen Aktionen dieses Thema zum Thema machen.

Denn wir lassen nicht zu, dass die Unternehmen und Politiker sich noch länger bei diesem so wichtigen Thema wegducken.
Mit Sonntagsreden ist jetzt Schluss – wir erwarten, dass gehandelt wird!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.